

## S. 291, Maßnahme Nr. 47: Kiel – Göhl

Auf die Zusammenhänge der spezifischen Lebens- und Wirtschaftsweise der entwickelten Industrieländer und der damit einhergehenden Umweltzerstörungen und dem wachsenden Energiebedarf wurde schon vor mehr als 25 Jahren insbesondere durch die erste Studie des Club of Rome hingewiesen. Aktualisiert wurde diese Debatte durch die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung“ und der neuerlich erschienenen aktuellen Studie des Club of Rome. Die Studien weisen explizit darauf hin, dass nicht nur die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen eine Restriktion für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung darstellt, sondern auch die Begrenztheit der Natur gegenüber den menschlichen Eingriffen in die Natur einer Belastungsgrenze unterliegt.

Ich unterstütze die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland. Vorrang sollte der Ausbau dezentraler Stromerzeugung haben und Maßnahmen zur Senkung des Energiebedarfs (Energieeinsparung). Eine ernst gemeinte Energiewende muss diese Herausforderungen (Begrenztheit der Ressourcen und Belastungsgrenze der natürlichen Systeme) in den Blick nehmen und demokratische und effektive Beteiligungsformen der Bevölkerung über die Nutzung und Gewinnung erforderlicher Energien vor Ort ermöglichen. Insofern müssen primäre Zielsetzungen einer ökologisch orientierten und demokratischen Energiewende die Senkung des Energieverbrauchs und des Landschafts- und Naturschutzes sein.

Die zur Energiewende einzuleitenden Maßnahmen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass bspw. durch den Neubau eines Netzes von Höchstspannungsleitungen neue gesundheitliche Risiken entstehen. Über den Ausbau erneuerbarer Energien muss es demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs geben. Der veröffentlichte Netzentwicklungsplan ist in der Bevölkerung nahezu unbekannt. Die Bemühungen zur Information und Beteiligung der Bevölkerung sind völlig unzureichend, dieses Konsultationsverfahren eine Farce.

Die Energiewende der Bundesregierung wird unter maßgeblicher Planungshegemonie mit gerade den Energiekonzernen versucht zu realisieren, die Verursacher der unökologischen energiepolitischen Situation sind und jetzt aufgrund des weiterhin bestehenden Netzmonopols an der s.g. „Energiewende“ erneut verdienen wollen. Stromerzeugung und -vertrieb ist Teil der Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand und muss den Interessen der Stromkonzerne entzogen werden.

Der Bedarf für eine 380-kV-Stromleistungsstrasse zwischen Kiel und Göhl ist nicht nachgewiesen und höchst fragwürdig. Alternative Übertragungstechniken - wie Seekabel von Lübeck nach Fehmarn, Erdkabel, Nutzung von Bahnstromleitungen - werden nicht prioritär geprüft. Stattdessen wird als Maßnahme Nr. 47 bereits der **Neubau einer 380-kV-Leitung** propagiert. Schädliche Auswirkungen für Gesundheit und Umwelt werden damit von vornherein nicht ernsthaft in die Betrachtung einbezogen. Der mit den Planungen beauftragte Netzbetreiber Tennet, der vollständig dem niederländischen Staat gehört, verfügt über keine ausgewiesenen Kenntnisse und Erfahrungen über alternative Übertragungstechniken. Da darüber hinaus kein Masterplan für eine ökologische Energiewende und für entsprechende Energieverteilssysteme besteht, sind die von Tennet postulierten Netzausbaubedarfe nicht nachgewiesen. Daher lehne ich die Art der Planung des Netzausbaus ab.

Der Neubau monströser Höchstspannungsleitungen durch oder in der Nähe von Natur- und Landschaftsschutzgebieten und in direkter Nachbarschaft zu Wohnsiedlungen stellt nach dem geplanten Ausstieg aus der Atomenergie den nächsten energiepolitischen Wahnsinn dar.

Eine Bündelung des Neubaus einer 380-kV-Leitung mit bestehenden 110-kV-Leitungen ist definitiv keine Alternative und sollte auch nicht vorrangig zunächst geprüft werden! Denn auch die bestehenden 110-kV-Leitungen durchqueren Landschaftsschutzgebiete und wurden in unmittelbarer Nähe zu Wohnsiedlungen gebaut. Die Menschen in diesen Gebieten sind bereits jetzt durch elektrische und magnetische Felder beeinträchtigt.

Als unmittelbar betroffene Einwohnerin in Ölböhm/Giekau und Eigentümerin eines Grundstücks in der Nähe der in die Planung einbezogenen nördlichen Trassenvariante Lütjenburg, Giekau, oberhalb des Selenter Sees wende ich mich entschieden gegen diese Trassenvariante.

Aus folgenden Gründen:

Der Neubau würde bedeuten, dass neben der bestehenden 110-kV-Leitung doppelt so hohe und doppelt so breite Strommasten das Landschaftsschutzgebiet durchschneiden. Die Leitung, die kilometerweit sichtbar ist, würde das Landschaftsbild und die einzigartige Kulturlandschaft dieser Region nachhaltig und dauerhaft zerstören. Eine der schönsten Landschaften Schleswig-Holsteins würde verschandelt und an Attraktivität nachhaltig verlieren. Touristen und Naherholungssuchende würden das Gebiet weiträumig meiden. Die Region Lütjenburg würde damit auch strukturpolitisch weiter geschwächt.

Die Leitungstrasse verträgt sich nicht mit Natur- und Landschaftsschutz. Der Selenter See und Umgebung sind bislang noch der Lebensraum von Seeadlern, Graugänsen, Fledermäusen und vielen weiteren Vogelarten, die es zu schützen gilt. Der Neubau einer 380-kV-Leitung ist nicht vereinbar mit diesen Schutzziele.

Selbstverständlich bin auch gegen diese Trasse, weil mein Grundstück in der Nähe der Leitungstrasse wertgemindert würde, ebenso wie alle übrigen Grundstücke in der Region, die in der Nähe der Leitungstrasse liegen. Am meisten jedoch befürchte ich gesundheitliche Risiken durch den Neubau einer 380-kV-Leitung. Es sind eben nicht Hochspannungs-, sondern Höchstspannungsleitungen, die man der örtlichen Bevölkerung und der Umwelt zumuten will.

Sollten die betroffenen Gemeinden mit Durchleitungsgebühren, die die Gemeinden neu erheben könnten, geködert werden, so ist zu berücksichtigen, dass alle, die es sich leisten können, nicht freiwillig in einer derartigen Umgebung leben werden, und von dort fortziehen werden. Es bleiben die Menschen, die trotz gesundheitlicher Risiken, den Verlust ihrer Heimat nicht verschmerzen oder sich aus finanziellen Erwägungen einen Wegzug nicht leisten können. Die Gemeinden, die auf den ersten Blick neue Einnahmen durch die Leitungstrasse erzielen, werden mittelfristig zu den Verlierern zählen.